

Informationspflichten nach Art. 12, 13 DSGVO

Im Folgenden werden Sie gemäß Art. 12, 13 DSGVO über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei Stellung eines Antrags auf Gewährung von Zuwendungen für die Erhaltung und Sicherung von Kunst- und Geschichtsdenkmälern informiert:

Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen:

Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege (BLfD), Generalkonservator Prof. Dipl.-Ing. Architekt Mathias Pfeil, Hofgraben 4, 80539 München.

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten (m/w/d):

Den behördlichen Datenschutzbeauftragten (m/w/d) erreichen Sie postalisch unter der gleichen Adresse mit dem Zusatz „Datenschutzbeauftragter“ und unter der Mail: datenschutz@blfd.bayern.de.

Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen der Antragstellung

1. Beschreibung und Umfang der Datenverarbeitung

Im Rahmen der Antragstellung bei der unteren Denkmalschutzbehörde werden folgende Datenkategorien gem. beiliegendem Formular verarbeitet:

- Angaben zum Antragsteller (Kontaktdaten, Eigentumsverhältnisse, bestehende Vertretungsberechtigungen, Steuerliche Identifikationsnummer (Steuer-ID), Geburtsdatum)
- Angaben zum Eigentümer (Kontaktdaten)
- Angaben zum Denkmalobjekt
- Angaben zu fördernden Maßnahme (Beschreibung des Objekts, Beschreibung der Maßnahme, Baubeginn, Dauer), Kosten der Maßnahme, Finanzierungsplan)

Die Angaben sind durch Beifügung geeigneter Unterlagen zu belegen. Die untere Denkmalschutzbehörde prüft Ihre Angaben und leitet den Antrag und die eingereichten Unterlagen zur weiteren Bearbeitung an das BLfD weiter.

2. Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung

Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung stützt sich auf Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e), Art. 6 Abs. 2, 3 DSGVO i. V. m. Art. 4 Abs. 1 BayDSG i. V. m. Art. 140 BV, Art. 23, 44, 70, 71 und 79 BayHO sowie den Verwaltungsvorschriften zu Art. 23, 44, 70, 71 und 79 BayHO und den Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen für Denkmalschutz und Denkmalpflege des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst bzw. §§ 93a ff. AO i. V. m. § 2 MV.

3. Zweck der Datenverarbeitung

Die Datenverarbeitung erfolgt zur Abwicklung des Antragsverfahrens und zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen des Freistaats Bayern. Weitere verfolgte Zwecke der Datenverarbeitung sind die Wahrung der haushaltsrechtlichen Vorschriften des Freistaats Bayern und die Erfüllung der Pflichten, die sich aus der Mitteilungsverordnung des Bundes ergeben.

4. Dauer der Speicherung

Nach vollständiger Erledigung der Angelegenheit werden die Daten, sofern sie nicht mehr benötigt werden und gesetzliche Aufbewahrungspflichten nicht entgegenstehen, in der Regel für 15 Jahre gespeichert.

5. Empfänger personenbezogener Daten

Soweit dies zur Wahrung der wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen des Freistaats Bayern erforderlich ist, werden im Einzelfall auf konkrete Anfrage oder Nachfrage die Daten an andere bayerische Behörden und staatliche Stellen weitergegeben. Wenn Sie nicht im Rahmen einer land- und forstwirtschaftlichen, gewerblichen oder freiberuflichen Haupttätigkeit handeln oder Zahlungen nicht auf Ihr Geschäftskonto erfolgt oder zweifelhaft ist, ob Sie im Rahmen der Haupttätigkeit gehandelt

haben oder die Zahlung auf Ihr Geschäftskonto erfolgt, erfolgt eine Mitteilung von Daten zu Ihrer Identität, die Zahlung und den Zahlungsgrund an die Finanzverwaltung.

6. Übermittlung in ein Drittland

Es ist nicht beabsichtigt, die personenbezogenen Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation zu übermitteln.

7. Erforderlichkeit der Bereitstellung

Die Bereitstellung der Daten ist erforderlich, da anderenfalls der Antrag nicht bearbeitet werden kann.

8. Automatisierte Entscheidungsfindung/Profiling

Es findet keine automatisierte Entscheidungsfindung oder ein sogenanntes Profiling statt.

Hinweise auf die Rechte der Betroffenen

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Beruhet die Verarbeitung auf einer **Einwilligung**, haben Sie jederzeit das Recht, Ihre Einwilligung mit Wirkung für die Zukunft ohne Angabe von Gründen zu **widerrufen** (Art. 7 Abs. 3 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen.

Widerspruchsrecht - Art. 21 DSGVO

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen.

Der Verantwortliche verarbeitet die Sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Widersprechen Sie der Verarbeitung für Zwecke der Direktwerbung, so werden die Sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr für diese Zwecke verarbeitet.

Hinweis zum Widerspruchsrecht:

Bei erfolgreicher Einlegung eines Widerspruchs gegen die Datenverarbeitung (Art. 21 DSGVO) kann der Steuerantrag im Rahmen des Antragsverfahrens nicht mehr weiterbearbeitet werden.

Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde:

Sie haben gemäß Art. 77 DSGVO das Recht, sich bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig erfolgt.